



Sehr geehrter Herr Ministerialdirektor Dr. Schmolke,

am 5. Juni 2023 hatten wir miteinander telefoniert. Ich kann mich noch gut an das Gespräch mit Ihnen erinnern. Sie hatten mir die Gelegenheit gegeben, über die politische und soziale Diskriminierung der Klasse der ehemaligen DDR-Flüchtlinge zu berichten. Wir wissen, daß es dem Herrn Bundespräsidenten verwehrt ist, in die Tagespolitik einzugreifen. Wir wissen allerdings auch, daß der Bundespräsident über die Tragweite dieser Diskriminierung und die Untätigkeit informiert ist, mit der die Tagespolitik der Lösung des Konfliktes aus dem Weg zu gehen bemüht ist. Spätestens seit dem Treffen vom 29. Oktober 2018 in Schloß Bellevue.

Anliegend noch einmal unser Brief vom 12. Januar 2024 an den Herrn Bundespräsidenten, in dem wir eine Art Zwischenbilanz ziehen.

Die Demokratie ist in Gefahr! Der Rechtsruck! Der Herr Bundespräsident äußert sich - sehr, sehr besorgt - in der Öffentlichkeit, versehen mit entsprechenden Appellen an die Verfassungsorgane.

Schlimmer. Bereits jetzt gibt es Anlaß zur Kritik am Zustand der parlamentarisch verfaßten Demokratie. Ein Fall ist im Bundespräsidialamt bekannt. Es geht um die vom Gesetzgeber nicht legitimierte Enteignung der DDR-Altübersiedler. Die Bundesregierung hat sich mit einer "politischen Entscheidung" (Originalton BMAS) über den dokumentierten Willen des Gesetzgebers hinweggesetzt. Nach dem Willen aller politischen Kräfte, die damals mit der Gesetzgebung zum Beitritt der DDR befaßt waren, hieß die Zielgruppe des RÜG "Versicherte in den neuen Bundesländern". Mit einer nachträglich verfügbaren "politischen Entscheidung", von der nicht bekannt ist, wann, wo, von wem und in welcher Absicht diese getroffen worden ist, erhielt das RÜG ein anderes Etikett: "Versicherte mit DDR-Erwerbsjahren".

Seit vielen Jahren weisen wir als Vorstand der IEDF auf den Mißbrauch des RÜG hin. Aus 15 Jahren Erfahrung können wir bestätigen, daß dieser Umstand den politischen Entscheidungsträgern nichts ausmacht. Inzwischen ist ein grundlegender Artikel in der Fachzeitschrift "Neue Justiz" erschienen, sowie ein Sachbuch, das den bezeichnenden Untertitel "Seit 30 Jahren vom Rechtsstaat geprellt" trägt. Schulterzucken. Die politischen Entscheidungsträger verharren weiterhin im Schweigemodus. Demokratie? Parlamentarisch verfaßt?

Die "Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V." (IEDF) ist ein Verein der Zivilgesellschaft. Der Vorstand arbeitet selbstlos und ehrenamtlich. In der Satzung heißt es: "Der Verein stellt sich das Ziel, mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln an einem Stück Aufarbeitung deutscher Geschichte mitzuwirken". Vollständigkeitshalber hier der Link zur Satzung:

https://www.flucht-und-ausreise.info/dokumente/upload/1c3d7_iedf_satzung_%C3%84nderung_25.04.2015.pdf

Bitte sehen Sie sich die Satzung komplett an. Vor dem Hintergrund des in der Satzung verankerten Anpruchs, dem wir konsequent Rechnung zu tragen bemüht sind, ist die Arroganz der Tagespolitik, der wir uns ausgesetzt wissen, demokratievergessen und schäbig.

Was sagt man eigentlich im Bundespräsidialamt Referat Z5 (Verfassung und Recht ...) dazu? Und im Referat 08 (Gesellschaftliche Grundsatzfragen ...)? Und im Referat 10 (Grundsatzfragen der Innen- und Demokratiepolitik ...)? Und im Referat 11 (... Eingaben und Petitionen ...)? Und im Referat 12 (...Arbeit und Soziales ...)? Ist es auch den Abteilungen des Bundespräsidialamtes verwehrt, Einfluß auf die Tagespolitik zu nehmen? Wenn das so sein sollte - was wir uns allerdings nicht vorstellen können -, drängt sich die Frage auf, welche Aufgaben diese Abteilungen stattdessen wahrzunehmen haben.

Mit freundlichem Gruß,

Dr.-Ing. Jürgen Holdefleiß
(Vorsitzender IEDF)